

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	2. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	23. September 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

31

**Punkt 19 der Tagesordnung: Einrichtung einer Beratungsstelle zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und Aufbau eines Netzwerkes zur Nachqualifizierung**

**Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Dr. Ute Leidig, des Stadtrats Dr. Christofer Leschinger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 16. Juli 2014**

**Vorlage 2014/0012**

**Beschluss:**

Kennntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Berichterstattung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und im Migrationsbeirat

**Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Ich beginne mit einem Zitat aus Spiegel online vom April 2013: "Die Zahnärztin fährt Taxi, der Physiker arbeitet als Türsteher. Weil ihre Abschlüsse in Deutland lange Zeit nicht anerkannt wurden, arbeiten viele Migranten mit guter Ausbildung oder Studienabschluss in Billigjobs."

Leider ist das teilweise immer noch so. Das ist eine Verschwendung von Kompetenzen und Ressourcen, bei der alle verlieren. Die Menschen, die Gesellschaft und auch unsere Wirtschaft. Menschen, die seit Jahren unter dem Niveau ihrer ausländischen Ausbildung in Deutschland arbeiten müssen, sollten die Chance haben, in ihren ursprünglichen Berufen zu arbeiten oder sich so weiterzubilden, nachzuqualifizieren, dass sie eine ähnliche Stelle in Deutschland erhalten können.

Als 2012 die Bundesregierung ein neues Anerkennungsgesetz geschaffen hat, ging die Staatsministerin damals davon aus, dass das neue Anerkennungsgesetz rund 300.000 Menschen direkt zugute käme. Rein statistisch gesehen, wenn man das jetzt herunter-

rechnet auf die Einwohnerzahl von Karlsruhe, wären das 1.000 Personen allein für Karlsruhe.

Gleichzeitig zeigen Studien aber auch, dass im Durchschnitt vier Jahre vergehen, bis Zugewanderte nach der Einreise einen Antrag stellen, um ihre Qualifikation aus dem Heimatland anerkennen zu lassen. Vier Jahre - es ist klar, dass da die Chancen enorm sinken, dass tatsächlich auch die Qualifikation noch vorhanden ist, d. h., wertvolles Know-how geht verloren.

Letzten Endes bedeutet das, wir müssen schneller und wir müssen effektiver werden. Dazu sehen wir in der Einrichtung einer lokalen Anlaufstelle in Karlsruhe, die zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und zur Nachqualifizierung berät, einen wichtigen Schritt. Eine solche Beratungsstelle in Karlsruhe könnte viele Migranten dabei unterstützen, sich zu qualifizieren, entsprechende Arbeit zu finden. Letzten Endes könnten wir dabei für den Arbeitsmarkt in Karlsruhe die dringend gesuchten Fachkräfte gewinnen.

Das Problem ist, dass der Regierungsbezirk Karlsruhe nur über eine einzige vom Land eingerichtete Erstberatungsstelle besitzt. Diese ist in Mannheim. Es ist nun einmal eine Hürde für viele Menschen, nach Mannheim zu gelangen und dort Beratung zu suchen. Dementsprechend wird auch in der Antwort der Verwaltung davon ausgegangen, dass die doch recht niedrige Anzahl von Beratungsfällen aus Karlsruhe, die tatsächlich nach Mannheim gelangen - das waren jetzt z. B. im Halbjahr 2014 nur 30 - 40 Personen -, deutlich höher ausfallen würde, wenn wir eine Beratungsstelle vor Ort hätten. Von den 1.000 Personen, die ich Ihnen vorhin vorgerechnet habe, sind wir mit der Zahl 30 - 40 in einem halben Jahr tatsächlich sehr weit entfernt.

Aber nicht nur die Hürde für die Menschen, die Beratung suchen, ist höher, wenn die Beratungsstelle nicht vor Ort ist. Auch für die Beratenden ist es natürlich viel schwieriger, sich an einem Ort auszukennen, zu wissen, wo Nachqualifizierung tatsächlich geleistet werden kann, wenn das in einer anderen Stadt ist. Die lokalen Akteure zu benennen, das bedeutet letzten Endes, zielgerichtet beraten zu können. Denn die Prüfungen, was anerkannt wird und wo nachzuqualifizieren ist, ist nur ein Schritt, die Diagnostikstellung sozusagen. Daraus ergeben sich dann die weiteren Schritte. Hier ist es wichtig, dass ein Netzwerk gebildet wird, das die Basis für Beratung bildet: Wer kann sich wo, in welchem Bereich am Besten nach- bzw. weiterqualifizieren?

Um Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu erstellen, sollte die Beratungsstelle an vorhandene Strukturen angebunden sein. Wir sehen hier beide Möglichkeiten, sowohl die Kooperation mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege, als auch die Angliederung an das zu schaffende Welcome-Center der TechnologieRegion. Beides könnte zielführend sein.

Wir freuen uns über die positive Antwort der Verwaltung, sowohl was die Prüfung der Höhe des Erstbedarfs an Anerkennungsberatung in Karlsruhe angeht, wie auch die Prüfung der Annahme des Themenbereichs durch das Welcome-Center der TechnologieRegion. Besonders begrüßen wir, dass die Stadt einen Antrag auf Ko-Finanzierung einer

Stelle für den Aufbau und die Koordination eines Karlsruher Netzwerkes für die berufliche Nachqualifikation von Migranten stellen wird.

Um zwei Dinge möchten wir noch bitten. In Anbetracht des Doppelhaushalts, der ansteht, und der Anmerkung, dass die Finanzierung dieser Koordinationsstelle aus dem Etat des Büros für Integration erfolgen wird, bitten wir um rechtzeitige Information, wie die Finanzierung im neuen Haushalt dann vorstatten gehen soll, d. h., wie die zusätzlichen Mittel in den Haushalt gelangen, ob das die Verwaltung selbst macht, oder ob wir einen entsprechenden Antrag stellen müssen.

Die zweite Bitte: Die angekündigten Prüfungen sind etwas vage benannt. Hier erwarten wir doch etwas konkretere Vorschläge, vor allem hinsichtlich des Zeithorizonts, und bitten darum, uns - wenn möglich noch Ende des Jahres - sowohl im Migrationsbeirat wie auch in der Wirtschaftsförderung vorzustellen, zu welchen Zahlen Sie kommen und wie Sie weiter vorgehen wollen.

Insgesamt sehen wir die Stadt hier auf einem guten Weg und bedanken uns dafür, dass Sie sich dieses Themas annehmen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Die CDU-Fraktion sieht durchaus, dass es in der Vergangenheit bei der Dauer der Verfahren bezüglich der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse zu langen Bearbeitungszeiten gekommen ist. Mit der Folge, dass die betreffenden Antragsteller sich häufig in unterqualifizierten Tätigkeiten verdienen mussten und aus ihrer eigenen Berufspraxis lange Zeit fern geblieben sind. Da ist dann wieder Nachholbedarf gegeben.

Wir sehen aber auch aus der Stellungnahme der Verwaltung, dass eine positive Veränderung der Situation seitens der Verwaltung angestrebt wird. Die Erstberatungsstelle, die in Mannheim inzwischen eingerichtet wurde, ist für den gesamten Regierungsbezirk zuständig und wird wahrgenommen. Die bislang aus Karlsruhe bekannten Zahlen sind recht niedrig, was zu berücksichtigen ist. Daher ist es durchaus sinnvoll und angebracht, hier erst einmal eine Erhebung dahingehend vorzunehmen, ob und in welcher Höhe tatsächlich ein Bedarf für die Schaffung einer weiteren Stelle in Karlsruhe gegeben ist.

Denn es gibt auch andere Einrichtungen, sprich: Die Agentur für Arbeit oder berufsständische Kammer und Innungen, sei es IHK oder auch sonstige Kammern, die hier Beratungen durchführen. Zudem hat das Büro für Integration aktuell einen Antrag auf Ko-Finanzierung seitens des zuständigen Ministeriums des Landes gestellt. Auch da sollte das Ergebnis erst einmal zugewartet werden, denn die Schaffung dieser Stelle würde den städtischen Haushalt doch nicht unerheblich belasten. Auch dies ist zu bedenken.

Aufgrund des weiteren Klärungsbedarfs, den wir in der Angelegenheit sehen, ist der Antrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

(Beifall bei der CDU)

**Stadtrat Marvi (SPD):** Aus Sicht der SPD-Fraktion ist die von der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion angestoßene Debatte um die Anerkennung von ausländischen internationalen Berufs- und Bildungsabschlüssen und der oft damit einhergehenden Förderung der beruflichen Nachqualifizierung von Migrantinnen und Migranten, die in ausbildungsadäquate Berufe streben, sicherlich auch mit vielen persönlichen Hoffnungen verbunden, eine sehr wichtige Debatte. Es ist natürlich auch für uns in der TechnologieRegion Karlsruhe von großer Bedeutung, weil wir auf eine Vielzahl von verschiedenen Fachkräfteprofilen angewiesen sind.

Ausgangspunkt für diesen Antrag ist die Einführung eines Landesanererkennungsgesetzes im Jahr 2012 durch die Landesregierung aus SPD und Grünen, die damit ausdrücklich das Selbstbewusstsein gut qualifizierter Migranten gestärkt hat und damit auch ihre progressive Linie in der Integrationspolitik nachdrücklich unterstrichen hat. Die Intensivierung und der Ausbau des Beratungsstellennetzwerkes in Form von Erstberatungsstellen in allen vier Regierungsbezirken ist ein weiterer Meilenstein im Zuge dieser Reform und steht auch für die Dezentralität des Ansatzes. Vor diesem Hintergrund unterstützt meine Fraktion die Absicht und den Vorschlag der Verwaltung, vor der Forderung nach einer weiteren Erstberatungsstelle in Karlsruhe, zunächst einmal die Bestandsaufnahme und die Evaluierung des tatsächlichen Bedarfs in diesem Bereich festzustellen. Relativierend muss man sicherlich dazu sagen, dass wir nicht in jeder Stadt im Regierungsbezirk Karlsruhe eine Erstberatungsstelle einrichten können. Das würde sicherlich den Landeshaushalt etwas überstrapazieren. Die Wege zwischen Karlsruhe und Mannheim sind nun nicht so richtig weit.

Ebenso begrüßen wir den gemeinsamen Antrag des Büros für Integration der Stadt Karlsruhe und der Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe, die Finanzierung für eine netzwerkkoordinierende Stelle sicherzustellen im Bereich der beruflichen Nachqualifizierung. Wir begrüßen auch, dass diese Ansiedlung bei der Migrationsberatungsstelle der AWO Karlsruhe geplant ist, weil sich hieraus auch weitere Synergien ergeben, um ein passgenaues Nachqualifizierungsangebot vor Ort bei uns herzustellen.

Charmant und intelligent ist sicherlich aus unserer Sicht die Idee, beim Welcome-Center der TechnologieRegion die Konzeption der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen einzubetten. Wir sind auf die Ergebnisse dieser Prüfung sehr gespannt, würden uns auch freuen - wie es hier schon angeklungen ist in der Debatte -, wenn von der Verwaltung dann entsprechend eine Zeitleiste genannt wird, in der das alles vonstatten geht.

Insgesamt sind wir also mit der Beantwortung des Antrags durch die Verwaltung sehr einverstanden.

(Beifall bei der SPD)

**Stadtrat Braun (KULT):** Die vorhandenen Beratungsseiten im Internet sind oft recht kompliziert und unübersichtlich. Besondere Schwierigkeiten bestehen wohl für Menschen, deren Muttersprache nicht im Deutschen liegt. Von Karlsruhe nach Mannheim zu gelangen, um kompetent beraten zu werden, ist auch nicht immer zumutbar. Häufig ist es ohne zentrale Beratungsanlaufstelle schwierig, die richtige Stelle überhaupt zu

finden. Da eine solche Stelle pro Regierungsbezirk meiner Meinung nach nicht ausreichend ist, muss es auch in Karlsruhe eine Beratungsstelle geben, welche zumindest eine erste Orientierung für das Anerkennungsverfahren gibt und auf Anerkennungsstellen verweist. Auch um sich fachlich kompetent beraten zu lassen, sowie Zeugnisse und Deutschkenntnisse usw. optimal bewerten zu lassen, und um einen dauerhaften Ansprechpartner für weitere Vorgehen zu haben, sind solche Beratungsstellen enorm wichtig.

Heute bereits haben wir in vielen Berufen verheerenden Fachkräftemangel. Einen Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, dass diese Mängel mittel- bis langfristig durch einheimische Kräfte nicht zu beheben sind, z. B. fehlen der deutschen Wirtschaft hunderttausende von Fachkräften. Baden-Württemberg ist davon wohl am meisten betroffen. Gerade Karlsruhe - wie wir schon gehört haben - weist beispielsweise eine hohe Dichte mit Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf. Die Städte wachsen. Somit werden neue Stellen offen, die daher nicht adäquat besetzt werden können. Um diese Fachkräftemängel zu beseitigen, ist es unbedingt vonnöten, Fachkräfte aus dem Ausland, vor allem auch aus Nicht-EU-Staaten, zu gewinnen. Dafür müssen wir allerdings nicht nur deren Abschlüsse mit vergleichbaren deutschen Abschlüssen anerkennen, sondern ihnen auch weitgehend in beratender Funktion zur Seite stehen.

Der Einwand der Verwaltung, dass der genaue Bedarf an Anerkennungsberatung geprüft werden muss, ist in Ordnung, sollte aber binnen kürzester Zeit geschehen. Ein Zuschuss des Integrationsministeriums wäre natürlich erstrebenswert. Daher wird die KULT-Fraktion dem Antrag der Grünen in allen Punkten zustimmen.

(Beifall bei der KULT)

**Stadtrat Jooß (FDP):** Wie schon gesagt: Fachkräftemangel ist in aller Munde, zumindest hier in Deutschland. Es ist geplant, eine Beratungsstelle einzurichten. Beraten tun die Kammern und nicht die Beratungsstelle. Die Beratungsstelle, die hier gefordert ist, kann höchstens die Koordinierung machen, dass die Leute entsprechend unterkommen bei den Kammern. Zumal die Kammern auch die Prüfungen oder die Qualifizierungen und eine Kenntnisprüfung abnehmen. Das könnten die Beratungsstellen nicht machen, zumal die Qualifikationen überhaupt nicht vergleichbar sind. Wenn ich an mein Handwerk denke, muss sehr nachqualifiziert werden. Da kann niemand vom Ausland kommen, gerade hier hineinschnuppern und das entsprechend übernehmen. Das ist völlig unmöglich.

Deswegen Kenntnisprüfungen und nur eine Koordinationsstelle. Das ist dringend notwendig in Anbetracht des Fachkräftemangels. Bei 16.700 €, die hier an Kosten angesetzt sind, ist das im Grunde Nasenwasser für das, was wir für die Wirtschaft und unsere späteren Steuern erreichen.

(Beifall bei der FDP)

**Der Vorsitzende:** Es ist die Verweisung beantragt worden. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir keine klassische Verweisung machen, sondern dass ich Ihnen zusage,

Ihnen in den beiden Ausschüssen Wirtschaftsförderung und Migrationsbeirat - das waren die beiden - am Ende des Jahres zu berichten, was hat die Erhebung der Daten gebracht, wie sieht es mit dem Antrag aus, was hat sich jetzt aus der Weiterentwicklung des Welcome-Centers ergeben. Das sind die drei Punkte. Aber dann zu einem Zeitpunkt, wo wir etwas berichten können, und nicht jetzt einfach verweisen und dann dasselbe noch einmal diskutieren.

Wenn Sie damit einverstanden wären, dann würden wir den Tagesordnungspunkt so beschließen. Ich möchte aber noch darauf hinweisen, dass neben der Nachqualifizierung oft auch die formale Anerkennung der Abschlüsse ein riesiges Zeitproblem ist. Beratung und das richtige Hinschicken zur richtigen Stelle ist das Eine, aber dann kann es sich zum Teil ewig hinziehen. Ich habe auch noch in Zeiten des Kultusministeriums den einen oder anderen Einzelfall erlebt, wo man doch ein bisschen verzweifelt an der Komplexität dieses Prozesses.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
3 November 2014